



Kurzbericht

über die 14. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 1. November 2017, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. Vorbereitung einer Novellierung des Rundfunkstaatsvertrages in Form eines

21. Rundfunkänderungsstaatsvertrages

Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 26. September 2017

[Unterrichtung 19/19](#)

2. Vorbereitung eines Staatsvertrages über den Datenschutz beim Norddeutschen Rundfunk (NDR-Datenschutz-StV)

Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 28. September 2017

[Unterrichtung 19/17](#)

3. Vorbereitung eines siebten Medienänderungsstaatsvertrages Hamburg/ Schleswig-Holstein (7. MÄStV HSH)

Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 11. Oktober 2017

[Unterrichtung 19/23](#)

Der Ausschuss nahm zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 3 einen Bericht der Landesregierung entgegen, an den sich eine Aussprache anschloss.

4. Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung, hier: weiteres Verfahren der Akteneinsicht

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

5. Verbraucherinnen und Verbraucher im Diesel-Skandal schützen: Einführung der Musterfeststellungsklage

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/145](#)

Emissionssenkung im Straßenverkehr

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/203](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein - Verbot der Pferdesteuer

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/215](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, eine schriftliche Anhörung zu der Vorlage durchzuführen. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis zum 15. November 2017 mitzuteilen.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes - Einreichung von Wahlvorschlägen gemäß § 52 GKWG

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/257](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, eine schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis zum 15. November 2017 mitzuteilen.

8. Keine Nazi-Propaganda auf Kfz-Kennzeichen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/225](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein - Absenkung Quorum Volksbegehren und Absenkung Zustimmungsquorum Volksentscheid

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/258](#)

Mit den Stimmen von CDU, FDP, AfD und SSW bei Enthaltung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschloss der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung zu dieser Vorlage durchzuführen. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis zum 15. November 2017 mitzuteilen.

10. Volksinitiative „Schleswig-Holstein stoppt CETA“

Antrag der Volksinitiative

[Drucksache 19/259](#)

Der Ausschuss schloss sich dem Anhörungsverfahren des Petitionsausschusses an.

11. Beschlüsse der 29. Veranstaltung „Altenparlament“ am 15. September 2017

[Umdruck 19/163](#)

Der Ausschuss nahm die Beschlüsse des Altenparlaments zur Kenntnis. Er bat die Fraktionen, gegebenenfalls parlamentarische Initiativen aus den Beschlüssen zu entwickeln.

12. Verschiedenes

Die stellvertretende Vorsitzende wies darauf hin, dass für das November-Plenum anzumeldende Vorlagen der Ausschussgeschäftsführung bis Freitag, 3. November 2017, angezeigt werden sollen.

Schluss: 15:00 Uhr

gez. Dörte Schönfelder